

Maristella Svampa

Epochenwechsel in Lateinamerika

Progressive Regierungen, Extraktivismus und
soziale Bewegungen

Herausgegeben und aus dem Spanischen übersetzt
von María Cárdenas

UNRAST

Vorwort der Herausgeberin zur deutschen Ausgabe

Vom Ende eines progressiven Zyklus, dem Aufstieg rechter Regierungen und Möglichkeiten solidarischen Widerstands ›von unten‹.

Einleitung

Lateinamerika war in den letzten sechzig Jahren für viele Linke des Globalen Nordens die ›Wiege der Revolution‹. Die Hoffnung auf eine alternative Realität ging häufig auch mit einer gewissen Romantisierung der Kämpfe oder Unsichtbarmachung von jenen Teilen des linken Aktivismus einher, die sich außerhalb des Verständnishorizonts oder der Vorstellungskraft des Globalen Nordens befanden. Die progressiven Regierungen Lateinamerikas der letzten zwanzig Jahre bilden dabei keine Ausnahme. Angesichts der wachsenden Konflikte mit einem Großteil der sozialen Bewegungen wurde es für Linke in Europa immer schwieriger, sich zu positionieren und die Frage zu beantworten, ob progressive Regierungen nun Hoffnungsträgerinnen oder das Ende linker Regierungspolitik waren.

Das vorliegende Buch *Epochenwechsel in Lateinamerika* von Maristella Svampa hilft uns, Potenziale und Schwierigkeiten der sozialen emanzipatorischen Kämpfe zu identifizieren sowie die Hindernisse zu verstehen, die dazu führten, dass die Regierungen des real existierenden Progressismus ungeachtet ihrer anfänglichen Allianz mit den sozialen Bewegungen eher ein Mythos blieben, als dass sie eine linksalternative Politik machten, von der das Gros ihrer Gesellschaft profitieren konnte. Hierfür bietet Svampa eine beeindruckende und umfassende Analyse des lateinamerikanischen Kontinents und der ihm innewohnenden Verflechtungen zwischen Ökonomie, politischen Traditionen und den Möglichkeiten und Grenzen kollektiven emanzipatorischen Handelns an und bezieht sowohl makroökonomische Analysen, internationale Wirtschaftstrends und Handelsbeziehungen als auch die Grassroots-Ebene und lokale Fallbeispiele an. Zur Sprache kommen dabei ebenso lokale, ländliche Umweltbewegungen, die den Kampf gegen multinationale Erdöl-Konzerne aufnehmen, wie die politische Kraft

vermeintlich ›braver‹ Bevölkerungsgruppen und das Mobilisierungspotenzial basisdemokratischer und kreativer Protestformen. Aber auch jene Dynamiken werden ins Licht gerückt, die die Umsetzung alternativer Politikformen auf nationaler und lokaler Ebene erschweren: die internationale Wirtschafts- und Finanzordnung, die postkolonialen Wirtschaftsstrukturen lateinamerikanischer Länder, autoritär-populistische Traditionen und das unnachgiebige Streben nach Machterhalt führender Politiker*innen.

Diese Sprünge zwischen lokaler und internationaler Ebene, zwischen Ländern, zwischen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dynamiken einerseits und diskursiven, strukturellen, phänomenologischen Dynamiken andererseits können manchmal eine Herausforderung sein, sie machen aber gerade auch die Stärke ihres Buches aus. Sie erlauben es, die Interdependenzen dieser unterschiedlichen Ebenen sowie die Ursachen der aktuellen politischen Umbrüche in Lateinamerika – und auch anderswo – zu erfassen und hieraus Veränderungspotenzial abzuleiten.

Das folgende Vorwort soll dazu dienen, die zentralen Aussagen des Buchs von Maristella Svampa in das aktuelle Geschehen einzubetten und einzuordnen. Hierfür werde ich zunächst eine gesellschaftspolitische Einordnung des Buchs vornehmen und mit den aktuellen Trends auf dem lateinamerikanischen Kontinent verknüpfen, um dann vier von mir als zentral erachtete Thesen des vorliegenden Buches zu diskutieren. Zudem habe ich das spanische Original um ein Glossar am Ende des Buches ergänzt, um die Leser*innen beim Verständnis der bisweilen geografischen, zeitlichen, theoretischen und disziplinären Vielfalt zu unterstützen. Ebenso werden im Glossar einige Begriffe, die im Original beibehalten wurden, da eine deutsche Übersetzung m.E. unpassend oder nicht zielführend gewesen wäre, erläutert. Dies soll auch den Leser*innen, die im lateinamerikanischen Kontext (noch) weniger bewandert sind, die Lektüre zusätzlich erleichtern.

Das post-progressive Szenario in Lateinamerika¹

Dass die progressiven Regierungen in Lateinamerika gescheitert sind, ist mittlerweile kaum noch abzustreiten.

So ist in Brasilien die soziale Gerechtigkeit wie auch die Umweltgerechtigkeit mit der 2018 begonnenen Amtszeit des rechten Hardliners

1 Das Vorwort wurde vor dem Ausbruch von COVID-19 geschrieben und bezieht sich auf den Stand bis 15.03.2020.

Jair Bolsonaro nicht nur aufgrund von wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Maßnahmen auf dem Tiefstand, sondern auch aufgrund von Entscheidungen im kulturellen und sozialen Bereich, die neo-koloniale Realitäten schaffen.²

In Bolivien hatte sich Evo Morales nach der Genehmigung des Verfassungsgerichts und Entgegen der Ergebnisse eines Referendums 2019 zum vierten Mal als Präsidentschaftskandidat zur Wahl gestellt – und war wiedergewählt worden. Nach dem mittlerweile vielerorts scharf kritisierten Vorwurf der Organisation Amerikanischer Staaten zu möglichen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl war Morales zunächst zurückgetreten und anschließend nach Mexiko geflohen. Die Installierung einer ›Interimsregierung‹ durch Streitkräfte und rechte Opposition und die Selbsternennung der ultrarechten Jeanine Áñez³ als ›Interimspräsidentin‹ wurde international weitestgehend akzeptiert – auch von Deutschland. Bei den Demonstrationen gegen den Putsch kam es zu Hunderten von Verletzten und mindestens 21 Toten (Amerika21.de vom 11.03.2020). Die De-Facto-Regierung geht juristisch gegen Führungspersonen der *Bewegung zum Sozialismus* (*Movimiento al Socialismo – MAS*) vor, um sie von den für Mai anberaumten Wahlen auszuschließen und auch in diesem Land den progressiven Zyklus abzuschließen.

Mit Lenín Moreno hat zum ersten Mal nach siebzehn Jahren ein ecuadorianischer Präsident die USA besucht, um ein Handelsabkommen abzuschließen – und das unter der Präsidentschaft von Donald Trump. Nach der Aufnahme weiterer Kredite des Internationalen Währungsfonds hat sich das Land zur neoliberalen und neo-extraktivistischen Politik verpflichtet,

-
- 2 So ist die Abholzung im brasilianischen Amazonas auf einem Rekordhoch, ein Großteil des Kabinetts ist durch Militäroffiziere besetzt und Präsident Bolsonaro begnadigte zu Weihnachten 2019 Polizist*innen und Soldat*innen, die wegen unverhältnismäßiger Gewalt gegen Zivilist*innen verurteilt worden waren (vgl. Süddeutsche vom 02.01.2020: o.S. sowie Scharpf 2020: o.S.). Anfang dieses Jahres wurde zudem der evangelikale Missionar Ricardo Lopes Dias zum Koordinator der Abteilung für nicht kontaktierte Völker der Behörde für Indigene *Funai* ernannt und der neue Leiter der Palmare-Stiftung für die Interessen der schwarzen Bevölkerung Brasiliens, Sergio Camargo, will u.a. den ›*Dia da Consciência Negra*‹ (Tag für Schwarzes Bewusstsein) abschaffen.
 - 3 Die evangelikale Áñez hat sich in der Vergangenheit offen rassistisch gegenüber der indigenen Bevölkerung geäußert, die 40 % der Bevölkerung ausmachen und aus 39 verschiedenen Nationen bestehen.

was sich unter anderem Ende Dezember 2019 im neuen Steuergesetz zur Entlastung von Unternehmen zeigte.

In Venezuela pfeift die international weitestgehend isolierte chavistische Regierung unter Maduro auch unabhängig von der parallelen ›Exilregierung‹ Juan Guaidós aus dem letzten Loch: Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit 2013 mehr als halbiert, die Erdölproduktion ist um mehr als ein Drittel gesunken. »Öffentliche Dienstleistungen wie Strom, Wasser, Gesundheit oder öffentlicher Nahverkehr stehen kurz vor dem Kollaps und die Hyperinflation hat sämtliche Ersparnisse und Löhne in der Landeswährung Bolívar entwertet« (Lambert, 24.01.2020).

Dass die übrig gebliebenen Bastionen des Progressivismus, Bolivien und Venezuela, vor dem Kollaps stehen und rechte Regierungen sich auf legitime und illegitime Weise konsolidieren, bedeutet wiederum nicht, dass emanzipatorisches Denken und Handeln in Lateinamerika versiegt wäre. Im Gegenteil waren wir im Jahr 2019 Zeug*innen eines Aufbegehrens der ›*sociedad en movimiento*‹ (Maristella Svampa in Dal Maso 2019), einer bewegten Gesellschaft, die sich die Straße zurücknimmt, um soziale und Umweltgerechtigkeit einzufordern: Seit Oktober protestieren in Chile zahlreiche Menschen jeden Freitag trotz massiver Staatsgewalt für eine verfassungsgebende Versammlung, Sozialreformen, ein Ende des Patriarchats und für die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen. Zahlreiche *Asambleas*⁴ wurden zu diesem Zweck gegründet und zivilgesellschaftliche Bündnisse aufgebaut. Die Proteste in Chile schwappten unerwartet in andere Länder Lateinamerikas über, nach Ecuador, Argentinien und sogar nach Kolumbien – ein Land, in dem die zivilgesellschaftliche Linke seit Jahrzehnten verfolgt und diffamiert wird und breiter sozialer Widerstand historisch nur schwach ausgeprägt ist. Selbst hier sah sich die neoliberale Regierung unter dem ›Subpräsidenten‹ Iván Duque⁵ mit einer ungeahnten Protestwelle konfrontiert.

Neu an diesen Protesten in Lateinamerika ist die breite gesellschaftliche und nun auch urbane Beteiligung und die Allianzen, die sich in diesem Rahmen gegründet haben: intergenerational, inter-ethnisch und klassen-

4 Eine *Asamblea* ist eine Versammlung, die dem Gedanken- und Meinungsaustausch sowie der hierarchiearmen und basisdemokratischen Entscheidungsfindung dient, Anm. M.C. Siehe auch Glossar.

5 Iván Duque ist der Schößling des rechten Hardliners, Expräsidenten und heutigen Senators Álvaro Uribe. Gegen Letzteren laufen mehr als 30 Verfahren am obersten Strafgerichtshof.

übergreifend. Die *Cacerolazos* in Chile schwappten nach Ecuador und Kolumbien und sogar nach Deutschland über. Seitdem haben sich zahlreiche Exilgruppen gegründet. Vielleicht ist auch deshalb in Argentinien der ›Progressivismus‹ wiedererwacht: Mauricio Macri wurde Ende 2019 von einer neuen Welle des Kirchnerismus abgelöst – diesmal unter dem Duo aus Alberto Fernández als Präsident und Christina Fernández de Kirchner als Vizepräsidentin.

Nicht zuletzt ist Lateinamerika der Kontinent mit den meisten Morden an Aktivist*innen: So fanden im Jahr 2019 177 von 304 Morden an Menschenrechtsverteidiger*innen in Lateinamerika statt – 40 % dieser Ermordeten engagierten sich für Landrechte, indigene Rechte und Umwelt (Front Line Defenders Global Analysis 2019: 4). Wir befinden uns also in einem Schlüsselmoment der Polarisierung, in dem einerseits neofaschistische, neo-koloniale und rassistische Regierungen gewählt werden, die menschen- und naturfeindliche Diskurse und Gewalt gegen Gruppen nicht nur salonfähig machen, sondern auch in die Tat umsetzen. Andererseits sehen wir auch ein Erwachen der urbanen Unter- und Mittelschicht, die soziale und Umweltgerechtigkeit einfordert und geografische wie politische Grenzen zu überbrücken versucht. Angesichts der Kontrolle militärischer, natürlicher und finanzieller Ressourcen durch rechte und neoliberale Regierungen sind emanzipatorische Akteure national als auch international vor enorme Herausforderungen gestellt, um einen Wandel nicht nur einzufordern, sondern auch Lösungen aufzuzeigen, wie dieser erreicht werden kann.

Das vorliegende Buch kann in diesem Sinne wie ein Kompass verstanden werden, um die Längen- und Breitengrade zu definieren, die uns nachhaltige Auswege aus den gesellschaftlichen und ökologischen Missständen eröffnen. Entlang des hier vorliegenden Buchs lassen sich vier zentrale Argumentationslinien identifizieren, um aus der Vergangenheit heraus die Gegenwart und Zukunft nicht nur zu verstehen, sondern auch Handlungsempfehlungen zu formulieren: 1) das Versagen der progressiven Regierungen und der Mythos ihrer linken Gesinnung, 2) das koloniale Erbe des Rohstoffkonsenses und der Mythos von ›El Dorado‹, 3) Gewalt und Menschenrechte in Lateinamerika, sowie 4) der soziale Widerstand und kollektives Handeln. Diese sich gegenseitig bedingenden Dynamiken werden im Folgenden durch Beispiele aus der aktuellen Konjunktur ergänzt und mit Hilfe von Beispielen aus dem kolumbianischen Szenario – einem

Land mit neoliberaler Regierung ohne progressive Vergangenheit – in einen größeren Rahmen gesetzt.

Das Versagen der progressiven Regierungen und der Mythos ihrer linken Gesinnung

Mit Beginn der Epoche der progressiven Regierungen um das Jahr 2003 etablierte sich der Progressivismus wie eine *>Lingua Franca<*. Svampa beschreibt *>Progressivismus<* als ein Phänomen, das sich durch 1) die Infragestellung des Neoliberalismus, 2) den Aufbau einer heterodoxen Wirtschaft, 3) die Inklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen durch erhöhte Sozialleistungen, sowie 4) den Aufbau eines alternativen regionalen Raums auszeichnet, den der Mexikaner Jaime Preciado als *>herausfordernden autonomen Regionalismus<* bezeichnet hatte (Svampa, S. 161; 282). Zwanzig Jahre später ist die Lage Svampa zufolge *»sehr besorgniserregend, denn 1) hat das letzte Jahrzehnt die Ungleichheit eher konsolidiert, 2) gingen wir also nicht gegen den Strom an, sondern vielmehr in die gleiche Richtung wie der Rest der Welt. Dies zeigte sich 3) im verstärkten Landraub, der Ausweitung des Extraktivismus in den Sektoren des Agrobusiness, des Erdöls und des Bergbaus, die heute in den Händen der Großgrundbesitzer oder internationaler Konzerne sind und 4) ist Lateinamerika heute der Kontinent mit den meisten Morden an Umweltaktivist*innen«* (Svampa in *Centro de Estudios de la Realidad Latinoamericana* vom 07.09.2018).

Wenngleich die progressiven Regierungen durch ihre Allianzen mit den sozialen Bewegungen, linken Intellektuellen und den *Clases Populares* zunächst einen Regierungswechsel und schließlich sogar einen Epochenwechsel herbeiführen konnten, blieben die spürbaren Veränderungen doch weit hinter den Erwartungen zurück. Unlösbare Spannungen wiesen früh darauf hin, dass diese Initiativen scheitern würden: Zum einen die Spannungen zwischen Autoritarismus und Basismobilisierung als zwei historische Seiten des lateinamerikanischen Populismus⁶, zwischen dem Zentralismus der Regierungen und der Absicherung indigener Autonomien, sowie zum anderen zwischen einer heterodoxen Wirtschaftspolitik mit öko-territorialer Wende und einem *>herausfordernden autonomen Regionalismus<* einerseits und der fortbestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit von nationalen Eliten und globalen Akteuren andererseits. Im Ergebnis setzten

6 Für Populismus siehe Glossar.

die Regierungen des real existierenden Progressivismus wohl oder übel in vielen Punkten vorherige Formen des Politik Machens fort. Sie versagten also nicht, weil sie *links* waren, sondern weil sie, Svampa zufolge, zum Ende hin *immer weniger* eine ›linke Politik‹ verfolgten, da sie weder eine Umverteilung des Reichtums erreicht noch die kapitalistische Produktionsmatrix grundsätzlich infrage gestellt haben.

Svampa betont sehr deutlich auch die positiven Entwicklungen, die die progressiven Regierungen zunächst initiiert hatten: Mit Verfassungsreformen in verschiedenen Ländern, die die indigenen Bevölkerungen stärkten und auch die Natur als Rechtssubjekte anerkannten, machten sie den lateinamerikanischen Kontinent zum weltweiten Vorreiter. Außerdem strebten sie zu Beginn durchaus eine politische Inklusion der Basis an und konnten dank der außergewöhnlichen Rendite während des Rohstoffbooms zunächst eine Verringerung der Armut erreichen. Sie bemühten sich, durch unterschiedliche Sozialprogramme für die arme Bevölkerung und die Mittelschicht, diese stärker am Konsum teilhaben zu lassen, was Svampa als ›Konsumpakt‹ bezeichnet (Svampa in *Centro de Estudios de la Realidad Latinoamericana* vom 07.09.2018). Zuletzt strebten sie in der Tat auch eine regionale Integration an.

Nicht zuletzt scheiterten die Regierungen an der Unnachgiebigkeit etablierter nationaler Eliten und internationaler Akteure – auf Kosten jener Gesellschaftsgruppen, von denen sie gewählt worden waren. Viele der Regierungen gingen Deals mit dem nationalen und internationalen Kapital ein, um die gestiegenen Sozialausgaben finanzieren zu können – sowohl eine Ursache als auch eine Folge davon, dass der Aufbau eines ›herausfordernden autonomen Regionalismus‹ gescheitert war. Dies hat es rechten Strömungen und der sogenannten Mitte erleichtert, emanzipatorischen Visionen ihre Umsetzbarkeit abzuerkennen, progressive Regierungen auf ihre autoritären Züge zu reduzieren und sie als undemokratisch abzustempeln – und hat neben der endgültigen Konsolidierung des Rohstoffkonsenses⁷ auch zu einem Rechtstruck auf dem Kontinent beigetragen.

7 Siehe Glossar.

Das koloniale Erbe des Rohstoffkonsenses und der Mythos von ›El Dorado‹

Am Trugschluss des ›*El Doradismo*‹ zeigt sich, dass Agrobusiness ebenso wie der Megabergbau und das *Fracking*⁸ auch bei progressiven Regierungen nichts anderes sind als die Fortschreibung der kolonialen Ausbeutung in Lateinamerikas Geschichte. Statt ihre Wirtschaftsformen zu diversifizieren, kurbelten die progressiven Regierungen angesichts der Abhängigkeit von internationalen Märkten und Institutionen (Internationaler Währungsfond und Weltbank) und dem Wiederanstieg von Armut und Arbeitslosigkeit durch den internationalen Preisverfall der Rohstoffe die neo-extraktivistischen Praktiken als einzige Überlebensstrategie ihres Landes an und gaben der Illusion des plötzlichen Geldsegens nach, die diese versprochen.

Im Zuge dessen wurde China zum wichtigsten Importeur lateinamerikanischer Rohstoffe, was zu neuen Abhängigkeiten und zum Bruch mit indigenen und ökologischen Bewegungen sowie ländlichen Gemeinden führte. So spaltete der Neo-Extraktivismus⁹ bald das Lager der linksemanzipatorischen Allianzen in der gesamten Region: Der Rohstoffkonsens hinterließ eine »tiefe Wunde« (S. 121) im kritischen lateinamerikanischen Denken und teilte das Lager in diejenigen, die einen ›gebändigten Kapitalismus‹ vorschlugen, und solche, die den Extraktivismus als Ganzes infrage stellten und in der Konsequenz von den progressistischen Regierungen und ihren Verteidiger*innen marginalisiert wurden. Die Mythen des Progressivismus hatten einen längeren Schatten als die Wirklichkeit, sodass diese Kontinuitäten autoritärer Politik erst spät entlarvt wurden – und zum Teil noch immer in einigen Köpfen entlarvt werden müssen. Wie Svampa eindrücklich mit Verweis auf den Gewerkschaftler Julio Fuentes beschreibt: »Alle wollten wir in dem Land des Anderen leben« (S. 33).

Zur kritischen Revision des Progressivismus, die Svampa vornimmt, sollte vielleicht hinzugefügt werden, dass Paradoxien wie die gleichzeitige *de jure* Ausweitung von Rechten und die *de facto* Verletzung derselben in Lateinamerika keine Ausnahme progressiver Regierungen sind, sondern im Gegenteil eine Kontinuität in der lateinamerikanischen Geschichte darstellen. Der folgende Abschnitt skizziert dies am Beispiel Kolumbiens – einem Land *ohne* progressive Vergangenheit und mit jeher neoliberaler

8 Siehe Glossar.

9 Siehe Glossar.

und rohstoffbasierter Wirtschaft. Kolumbien ist auch deshalb ein interessantes Beispiel, da das Land ein langjähriger wirtschaftlicher und politischer Partner der USA und der Europäischen Union ist, unter anderem als Energielieferant.

Soziale und ökologische (Un-)Gerechtigkeit in Kolumbien

Kolumbien hat 2016 nach über fünfzig Jahren bewaffnetem Konflikt ein historisches Friedensabkommen mit der ältesten Guerilla Lateinamerikas unterzeichnet, der *FARC-EP*. Zwar ist seitdem die Zahl der Opfer von bewaffneten Auseinandersetzungen stark zurückgegangen, allerdings ist seitdem die spezifische Gewalt gegen Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen sowie auch gegen ehemalige FARC-Kämpfer*innen enorm angestiegen: Laut dem kolumbianischen Forschungsinstitut für Entwicklung und Frieden (*Instituto de Estudios Para el Desarrollo y la Paz – INDEPAZ*) wurden vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2019 633 Menschenrechtsaktivist*innen ermordet, 250 davon im Jahr 2019. Im laufenden Jahr 2020 sind bereits 57 Aktivist*innen und 10 demobilisierte FARC-Kämpfer*innen ermordet worden (Stand: 16. März 2020, *indepaz.org*). Rund 40% der Ermordeten sind ethnische Aktivist*innen, obwohl sie nur ca. 15 bis 25% der Bevölkerung ausmachen. Besonders überproportional sind davon indigene Frauen betroffen (Cumbre Agraria et al. 2019). Gemein ist diesen Aktivist*innen, dass sie sich für eine alternative politökonomische und ökologische Ordnung einsetzten oder diese bereits lebten, sich für die Verteidigung von menschlichem und nicht-menschlichem Leben einsetzten und sich gemäß ihrer Rechte gegen illegale Rodung, kommerziellen Koka-Anbau und Bergbau wehrten. Kolumbien steht damit vor einem erneuten *>Politicidio<*¹⁰ – der gezielten Auslöschung von Personengruppen aufgrund ihrer politischen Gesinnung. Der Anstieg dieser spezifischen Gewalt kann mit der Soziologin Alke Jenss (2017, 2018) darauf zurückgeführt werden, dass durch die Demobilisierung der Guerilla aus ihren bis dato kontrollierten Gebieten ein großer Reichtum an natürlichen Ressourcen frei wurde, um den heute viele unterschiedliche Akteure kämpfen. Die politökonomisch bzw. extraktivistisch motivierte Gewalt wird sich vermutlich in Zukunft noch verstärken: Da die herkömmlichen

10 Zwischen 1984 und 2002 waren mehr als 4.000 Mitglieder der *Unión Patriótica* ermordet worden. Die linke Partei wurde jüngst von der Übergangsjustiz als kollektives Opfer anerkannt (*Jurisdicción Especial Para La Paz* 2020).

Ölvorkommen des Landes bis 2024 erschöpft sein sollen, wurden nun Pilotprojekte für das Testen des *Frackings* erlaubt (Valbuena Leguízamo, J.A. vom 06.03.2020).

Trotz der *de facto* Menschenrechtslage ist Kolumbien auch eines der Länder mit den weitreichendsten Rechten für die LGBTQI*-Community weltweit¹¹ und, aufbauend auf der ILO-Konvention von 1989 wurden spezifische Rechte für Indigene, Afrokolumbianer*innen und Roma anerkannt; u.a. auf die vorausgehende Konsultation bei Großprojekten.¹² Rund ein Drittel der kolumbianischen Fläche ist kollektives ethnisches Land, wobei sich ein Großteil hiervon mit Naturschutzgebieten überschneidet (Instituto Humboldt 2015).

Zuletzt sollte unbedingt noch auf die Anerkennung der Rechte der Natur hingewiesen werden: 2019 wurde der Fluss Cauca, einer der wichtigsten Flüsse Kolumbiens, als Rechtssubjekt anerkannt. Der Fluss wurde durch zahlreiche extraktivistische Projekte wie durch den Hidroituango-Staudamm ausgebeutet, wodurch die ansässige Bevölkerung ihre Lebensgrundlagen verloren hatte. Die neue Rechtslage sollte nun den Fluss und seine Verteidiger*innen schützen, allerdings wird die Organisation *Ríos Vivos* auch weiterhin bedroht.¹³

Inwiefern hilft uns die Berücksichtigung des kolumbianischen Falls für die Betrachtung progressiver Regierungen in Lateinamerika? Zum einen können wir feststellen, dass koloniale Kontinuitäten zwischen Norden und Süden – wie der Rohstoffexport nach Europa – die Umsetzung eines gesetzlich bereits anerkannten Rechtekanons auf dem lateinamerikanischen Kontinent verhindern, der in puncto sozialer und ökologischer Gerechtigkeit dem Globalen Norden weit voraus ist. Ebenso ermöglicht uns der Fall Kolumbiens zu erkennen, dass progressive Regierungen nicht grundsätzlich

11 Kolumbien war 1999 das erste Land, das chirurgische Eingriffe zur >Normalisierung< der Geschlechtsorgane an die binäre Geschlechternorm bei Intersex-Personen einschränkte. Das o.g. Friedensabkommen ist Pionier in der Berücksichtigung der Rechte nicht-heteronormativer Bevölkerung, weshalb sich die Wahrheitskommission auch mit der Verfolgung der LGBTQI*-Community befasst (Oettler 2019).

12 Siehe >ILO-Konvention 169 von 1989< sowie >vorausgehende Konsultation< im Glossar.

13 Ein besonders tragischer Fall ist das Umweltfiasco aufgrund des Staudamms Hidroituango, der unter anderem durch die KfW-IPEX-Bank finanziert wurde. 2018 gingen »mehr als 60 Morddrohungen [...] gegen Mitglieder der Bewegung [Ríos Vivos] ein. Sechs Aktivist*innen beziehungsweise deren Angehörige wurden ermordet« (Red Colombia RM 2019: 2).

einen stärkeren Rechtekanon vorsehen als nicht-progressive Länder (wenngleich erstere zweifellos zur Ausweitung derselben beigetragen haben). Diese Fragen hängen eher von der Kraft sozialer Bewegungen und ihren Fähigkeiten ab, ihre Belange im Kontext von ratifizierten, internationalen Abkommen zu interpretieren, und von einer Judikative, die ratifizierte Abkommen quasi legalistisch umsetzt und sich der *de jure* Ausweitung von Rechten verpflichtet sieht (z.B. der Anerkennung von Intersex-Rechten als Menschenrechte).

Das Beispiel Kolumbien zeigt auf, dass die *de jure* Ausweitung von Rechten nicht mit einer *de facto* Ausweitung von Rechten einhergeht – unabhängig vom jeweiligen politischen Regime. Vielmehr hängt Letztere von den Interessen und Handlungsmöglichkeiten der Exekutive ab, die in Lateinamerika durch den Rohstoffkonsens bestimmt ist.

Gewalt und Intersektionalität in Lateinamerika

Der von Svampa angeprangerte Rohstoffkonsens ist also die herausforderndste Bedrohung für Natur und Menschen, da er Bestrebungen der *de facto* Umsetzung und Ausweitung von Rechten boykottiert. Die eingangs genannten Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise um den Staudamm Hidroituango, stehen also in direktem Zusammenhang mit dem Konflikt um die Einforderung verfassungsmäßig verankerter Rechte und der Verletzung derselben zur Durchsetzung ökonomischer Interessen. Angesichts der zahlreichen Umweltkatastrophen scheint es zwar einen Konsens über die Tragweite der globalen sozio-ökologischen Krise zu geben – ein »Leviathan für den Umweltschutz« (Svampa 2019) ist jedoch bislang nicht vorstellbar. Der Extraktivismus befindet sich auf einem ungeahnten Höhenflug.

Angesichts dieser »globalen Dystopie« erlangen lokale Utopien – alternative Entwürfe zu Energie, Konsum und Umweltschutz – erneute Attraktivität (Svampa 2019). In diesen sozialen Kämpfen spielen Frauen* und ethnische Aktivist*innen eine besondere Rolle und sind daher auch besonders von Gewalt betroffen. Es gibt also einen direkten Zusammenhang zu Neo-Extraktivismus und Gewalt gegen lokale Aktivist*innen. Die extreme Ausbeutung der Natur geht unvermeidlich im Gleichschritt mit Menschenrechtsverletzungen und einer Absage an die Demokratie, weshalb Svampa warnt: »Je mehr Extraktivismus, desto weniger Demokratie« (Dal

Maso 2019) – unabhängig vom politischen Regime. Durch die wachsende Knappheit der natürlichen und zum Großteil nicht erneuerbaren Ressourcen potenziert sich dieser Effekt, und staatliche und parastaatliche Gewalt gegen Aktivist*innen in den von diesem Wirtschaftsbereich abhängigen Staaten vervielfacht sich und breitet sich räumlich entlang der Extraktionsgeografie¹⁴ aus (ebd.).

Für die Praxis bedeutet das zunächst einmal, anzuerkennen, dass Gewalt und Unterdrückung innerhalb intersektionaler¹⁵ Machtverhältnisse wirken und somit unterschiedliche Effekte auf Individuen und Gruppen haben, also Ökologie, Basismobilisation und Feminismus nicht voneinander getrennt werden können. Um dieser Feststellung Geltung zu verleihen, zeigt Svampa zunächst das Paradox auf, dass sich die politische Partizipation von Frauen verbessert hat und gleichzeitig verschiedene Formen von Gewalt gegen Frauen* – wie beispielsweise Femizide¹⁶ – zugenommen haben und es einen sexistischen Backlash gibt. Dies spiegelt sich in den Anti-Abtreibungsinitiativen ebenso wider wie in der Akzeptanz und Befürwortung von machistischem Gebaren führender Politiker*innen.

In Lateinamerika zeigt sich zudem eine Verzahnung des Patriarchats mit dem kapitalistischen Extraktivismus und der Umweltzerstörung. Die Exportenklaven zerstören entlang der Zyklen des Rohstoffabbaus das soziale Geflecht der Gemeinschaften und bringen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hervor, die Männer entlang physisch schwerer Arbeit und Frauen* entlang von Sexarbeit und *Carework* ausbeutet. Die Zerstörung der sozialen Strukturen trifft Frauen* und Männer unterschiedlich: Während Männer in diesem System häufig zur Wanderarbeit gezwungen werden, erleben Frauen die sozialen und ökologischen Veränderungen unmittelbarer und vor Ort. Ökofeminismus ist hier also keine Option, sondern vielmehr *Reaktion*. Es ist ein Kampf *von* Frauen* für die Wertschätzung des Lebensraums und *aller* ihm innewohnenden Lebewesen und Gemeinschaften – ausgehend von ihrem spezifischen Erfahrungshorizont darüber, wie Gewalt über sie hereinbricht.

Die Phänomene der Gewalt durch Extraktivismus – vor allem auf weibliche Körper und Kinder – weisen dabei postkoloniale Kontinuitäten auf: Es handelt sich vor allem um Phänomene des Globalen Südens und des

14 Siehe Glossar.

15 Siehe Glossar.

16 Siehe Glossar.

Ländlichen, von denen urbane und weiße Frauen wie auch Frauen aus dem Globalen Norden bislang kaum betroffen sind. Im Gegenteil profitieren privilegierte Frauen als (Energie-)Konsumentinnen bislang von dieser Gewalt. Dies kann sich jedoch ändern, sobald sich die Extraktionsgeografie im Gleichschritt mit der Suche nach Erdöl ausbreitet und sich das sogenannte *Fracking* den Weg nach Europa bahnt.

Soziale Kämpfe können also nicht erfolgreich sein, solange die ökologische Gerechtigkeit und *Feminismos Populares*¹⁷ Randnotizen bleiben oder ihre Relevanz auf die Lebenswelten der aktuell Betroffenen reduziert wird. Im Gegenteil bergen feministische Kämpfe die Gefahr, *ohne* eine dekoloniale und ökologische Perspektive postkoloniale Herrschaftsverhältnisse auf Kosten nichtweißer Frauen und Gesellschaften zu reproduzieren (vgl. Lugones 2010). Die Anerkennung dieser *Feminismos Populares* ermöglicht es, konservativen Progressivismus von linkem, emanzipatorischem Denken abzugrenzen und zu enttarnen. Hiermit wenden wir uns der vierten Argumentationslinie des vorliegenden Buchs zu – der Frage, vor welchen Herausforderungen die weltweiten sozialen Kämpfe stehen und welches Potenzial ihnen innewohnt.

Widerstand und kollektives Handeln

Die Formen kollektiven Handelns und die sozialen Kämpfe in Lateinamerika ziehen sich wie ein roter Faden durch das Buch und erhalten im fünften und letzten Teil, der eine Chronologie der sozialen Kämpfe seit der Jahrtausendwende Argentiniens aufzeigt, eine beinahe fassbare Plastizität. Im Folgenden werde ich die Ereignisse seit der spanischen Erstveröffentlichung diskutieren. Dies, so hoffe ich, gibt uns eine Grundlage, um basierend auf den von Svampa aufgezeigten Lektionen soziale Kämpfe zu vereinen und das Potenzial punktueller sozialer Mobilisierung für sozialen Wandel zu nutzen.

Aktuell wohnen wir einer noch nie da gewesenen Protestwelle in Lateinamerika bei, die länderübergreifend voneinander lernt und zusammenarbeitet. So übernahmen im Herbst 2019, nach den bereits erwähnten Ereignissen in Chile, zum ersten Mal auch zahlreiche Protestierende in Ecuador, Bolivien und Kolumbien die von Svampa in diesem Buch beschriebene Protestform der *Cacerolazos*. Ungeachtet der politischen Repressionen in

17 Siehe Glossar.

diesen Ländern, sei es durch legitime oder illegitime Regierungen, schufen die Protestierenden Bündnisse für den Schutz der Umwelt- und Menschenrechte sowie gegen Polizeigewalt. In Kolumbien, einem Land, das seit über fünfzig Jahren unter einem bewaffneten Konflikt und gesellschaftlicher Polarisierung leidet, gelang es den Protestierenden erstmals, einen landesweiten Streik über Monate hinweg zu halten (Defendamos La Paz 2019). Die Protestform – die *Cacerolazos* – war von enormer Bedeutung. Denn diese machten die Kriminalisierung der Proteste beinahe unmöglich und erschwerten die ansonsten übliche gewaltsame Zerschlagung der Proteste und ermutigten zahlreiche Personen, sich erstmalig einem Protest anzuschließen. Dies zeigt sich daran, dass die landesweiten Proteste auch von Exilkolumbianer*innen in 72 Städten der Welt begleitet wurden.

Svampas Buch vermittelt uns auf eindrucksvolle Weise am Beispiel Argentiniens die Kreativität, die diesen Formen von Protesten innewohnt, und das Potenzial von basisdemokratischen und integrierenden Formen des sozialen Protests und des zivilen Ungehorsams. Dies haben wir im letzten Jahr auch und insbesondere mit Blick auf den Kampf gegen genderbasierte Gewalt und Femizide beobachten können. Mit der *#metoo*-Bewegung kam 2019 nicht nur bei uns das Bewusstsein für die nie versiegte Gewalt gegen Frauen zurück auf die Tagesordnung. In Lateinamerika wird seit 2015 kontinuierlich unter dem Hashtag *#niunamenos* (Nicht eine weniger) demonstriert.¹⁸ Der Flashmob *#unvioladorentucamino* (ein Vergewaltiger auf deinem Weg) des feministischen Kollektivs *LasTesis* aus Chile hat auf provokante Weise die Alltäglichkeit sexistischer und sexueller Gewalt sichtbar gemacht und die Gewöhnungseffekte der Gewalt durchbrochen und erreichte im Dezember 2019 schließlich auch Deutschland!

Die Demonstrationen und Proteste sind seitdem nicht verklungen. Am Frauen(kampf)tag 2020 protestierten Millionen von Menschen in Lateinamerika nicht nur für die Rechte der Frau*, sondern auch gegen die rechtsnationalistische und antifeministische Politik ihrer Regierungen. Allein in Santiago de Chile protestierten zwei Millionen Menschen. In Mexiko, wo zehn Frauen pro Tag ermordet werden, besprühten Aktivist*innen

18 In Argentinien wird laut der feministischen Organisation *Mujeres de la Matria Latinoamericana* alle 32 Stunden eine Frau ermordet (Melanie Schnipper vom 01.12.2019). Die Organisation forderte die Regierung auf, einen >Nationalen Gendernotstand< auszurufen (Mertschenk vom 09.02.2019).

Denkmäler und öffentliche Plätze, um die gesellschaftliche und juristische Gleichgültigkeit anzuklagen (Marcos González Díaz: o.S.).

Lateinamerika zeigt sich also jenseits aller Romantik in den letzten Jahren wieder als Wiege des sozialen Protests: Als Ort eines vielseitigen Widerstands, der intergenerational, liebevoll, kreativ, bunt, kraftvoll und inklusiv sein kann und der uns gleichzeitig aufzeigt, dass soziale Gerechtigkeit sowie die Würde des Lebens (im weitesten Sinne) nur in Einklang mit global verstandener Umweltgerechtigkeit und einer Absage an alle Formen der Diskriminierung zu erreichen ist.

Soziale emanzipatorische Kämpfe müssen also eigene Privilegien ebenso reflektieren wie die spezifische Gewaltbetroffenheit bestimmter Gruppen. Das schließt (öko-)feministische, antirassistische, antikapitalistische und dekoloniale Perspektiven ein bzw. macht sie zu notwendigen Pfeilern alternativer und emanzipatorischer Praxis. Offensichtlich stehen hiermit die sozialen Kämpfe vor einer großen Herausforderung. Der konservative Backlash bzw. der Rechtsruck, der heute die Welt durchzieht, zwingt uns, »neue Dialoge mit unseren Kolleg*innen und Aktivist*innen zu führen [...] Falls dieser Dialog möglich ist [dann geht es darum], eine postprogressistische Linke zu denken, die soziale und antipatriarchale Gerechtigkeit mit ökologischer Gerechtigkeit vereint« (Svampa in Rossi: 2017 o.S.).

Urbane Feministinnen sollten das mit ihrer aktuellen Sichtbarkeit zusammenhängende Potenzial daher nutzen, um über ihren Tellerrand hinaus auch die Belange der *Feminismos Populares* mit einzubeziehen und strukturelle Veränderungen einzufordern. Die sozialen Medien können hier eine große Hilfe sein, um über räumliche und politische Grenzen hinweg Brücken für gemeinsames basisdemokratisches Handeln aufzubauen. Ein Beispiel hierfür ist das kolumbianische *Social-Media*-Netzwerk *Defendamos La Paz (DLP)*. Im Kontext der friedensfeindlichen Regierungspolitik ab 2018, die die juristische Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts blockierte, organisierten sich ab Februar 2019 aus der Not heraus Verteidiger*innen des Abkommens über eine kleine *WhatsApp*-Gruppe entlang eines Minimalkonsenses, der aus vier Zielen besteht: 1) die Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC-EP, 2) der Schutz der verschiedenen *Transitional Justice*-Institutionen, 3) ein Ende der Gewalt gegen soziale Aktivist*innen und 4) ein allumfassender Frieden. Schnell wuchs die *WhatsApp*-Gruppe und einte Verteidiger*innen des Friedensabkommens aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern und Parteien und mit unterschiedlichem

persönlichem Background. Die Gründung einer internationalen Sektion *Defendamos La Paz-Internacional* (DLP-I) ermöglichte es schließlich, bis dato wenig organisierte Exilkolumbianer*innen zu vereinen sowie Multiplikationseffekte und Synergien zu schaffen. Dies spiegelt sich in der gesteigerten Mobilisierungs- und Protestfähigkeit wider, sei es gegen die Ermordung der Aktivist*innen am 21. Juli 2019 oder im weiter oben genannten landesweiten Streik. In DLP und DLP-I treffen sich Katholik*innen und Evangelikale, Kommunist*innen und Grüne, Ex-Kombattant*innen und Opfer des bewaffneten Konflikts, Priester und LGBTQI*, Studierende, Großstädter*innen und ethnische Aktivist*innen, Kleinbäuer*innen und Kongressabgeordnete. Mit Svampas Augen können diese 34 regionalen, zwei internationalen und sechs Themen-Chats (Jugend, Umwelt, Kirchen, Hochschule, Kleinbauerntum, Gleichberechtigung) mit knapp 4.000 Mitgliedern (Stand: Dezember 2019) als virtuelle *Asambleas* verstanden werden: Jede*r hat das Recht, Personen zu diesen Chats hinzuzufügen, jeder* darf sich an Prozessen beteiligen, Ideen oder Projekte vorstellen und umsetzen sowie Informationen teilen. Diese hier gelebte prozessuale Demokratie ist in der polarisierten, fragmentierten und von Gewalt betroffenen Gesellschaft Kolumbiens neu für die Menschen und bereits ein Erfolg für sich. Neben dem Mobilisierungs- und Aktivierungspotenzial geht es um die kontinuierliche Aushandlung von Differenzen, ausgehend von gegenseitiger Anerkennung und Solidarität. So María Cepeda, Koordinatorin von *Defendamos La Paz Internacional*:

»Es ist eine neue Erfahrung auf dem Gebiet des virtuellen Arbeitens, die uns geholfen hat, ein globales Netzwerk [...] aufzubauen [und] hat es uns erlaubt, uns Personen und Gruppen zu nähern, die ganz unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung sind. Es ist eine heilsame Übung, Demokratie zu leben.«¹⁹

Die Effekte von DLP und DLP-I – der Aufbau intersektorialer Allianzen und die Überbrückung des Stadt-Land- sowie des Nord-Süd-Gefälles, die Mobilisierung und Aktivierung zahlreicher Menschen, vor allem aber die gelebte Demokratie, die Anerkennung und Solidarität mit unserem Gegenüber – zeigen das Potenzial auf, das anti-hegemoniale Kämpfe haben können, wenn sie die von Svampa immer wieder aufgezeigten Gräben

19 Sprachnachricht von María Cepeda am 18. März 2020 über WhatsApp. M.C. ist Teil der internationalen Sektion von *Defendamos La Paz*.

überwinden und sich im Kontext extrem ungleicher Machtverhältnisse und Ressourcenverteilung organisieren.

Fazit: Epochenwechsel – Lektionen für ein ›bewegte Gesellschaft‹

Die Dynamiken, die Svampa bereits 2017 in ihren Anfängen beschrieb, haben sich in Lateinamerika verfestigt und manifestieren sich heute auf internationaler Ebene. Wir befinden uns in einem Kontext der gesellschaftlichen Polarität, in dem autoritäre, ausgrenzende, utilitaristische und lebensfeindliche Positionen wortwörtlich *Landgrabbing* betreiben. Wir sehen aber auch den Aufbau von dem, was Svampa als ›lokale Utopien‹ bezeichnet hat: *Comunidades de Vida*, kollektive Lebensgemeinschaften, die von der Basis aus alternative Formen des Zusammenlebens praktizieren und alternative, kreative und liebevolle Wege finden, anti-hegemonial und basisdemokratisch miteinander umzugehen und zu leben – sei es als Nachbar*innen, in der *Asamblea*, beim *Cacerolazo* oder virtuell. Für beide Dynamiken bietet das vorliegende Buch am Beispiel der lateinamerikanischen Ereignisse zahlreiche Lektionen, die auch für den internationalen Kontext bedeutsam und für Deutschland zentral sind.

Was Svampa schreibt, mag zu Beginn eine schwierige Auseinandersetzung für diejenigen sein, die sich mit den progressiven Regierungen solidarisiert haben. Es ist aber eine notwendige und auch spannende Auseinandersetzung, die es uns ermöglicht, auf Entdeckungsreise im weitläufigen Feld der linksemanzipatorischen Initiativen in Lateinamerika zu gehen und uns von neuen Sichtweisen überraschen zu lassen. Das Werk von Svampa erlaubt es uns schließlich auch, inspiriert von den Erfolgen der bewegten, emanzipatorischen Gesellschaft, neue Brücken der Solidarität auf Augenhöhe zu bauen und hiervon ausgehend konkrete politische Entscheidungen einzufordern, die sich an der ›super-starken Nachhaltigkeit‹²⁰ orientieren. Denn die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Umweltgerechtigkeit gehen uns alle an.

Was jetzt gebraucht wird, ist eine ›*sociedad en movimiento*‹, die sich global und über soziale Medien vernetzt und instituierendes Handeln voranbringt, um Alternativen zum rechtspopulistischen Vormarsch anzubieten. Regierungskritik zu üben, ohne linke Regierungsverantwortung

20 Siehe Glossar.

übernehmen zu wollen oder zu fördern, ist ein verantwortungsloses Privileg angesichts der zahlreichen Morde an Menschenrechtsaktivist*innen, der weltweiten Einschränkung demokratischer Rechte, der völligen Ignoranz von Menschenrechten an unseren geografischen und sozialen Rändern und nicht zuletzt dem Anstieg rassistischer Terrorakte im Globalen Norden (wie z.B. am 19.02.2020 in Hanau). In diesem ungleichen Machtverhältnis müssen also über emanzipatorische Diskurse hinaus strukturelle Veränderungen im Wirtschafts-, Politik-, Sozial-, Kultur- und Umweltbereich auf nationaler und internationaler Ebene herbeigeführt werden, die die soziale Gerechtigkeit wie auch die Umweltgerechtigkeit voranbringen. Diese Mammutaufgabe zu lösen, verlangt nicht nur, >realistisch zu sein und das Unmögliche zu versuchen<, sondern in erster Linie, aus der Vergangenheit zu lernen.